

## Klassisch-konservative und klassisch-liberale Paradigmen im Zeitalter des Etatismus

(Vortrag)

Seminar „Was ist rechts – was ist links?“  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Theodor-Heuss-Akademie Gummersbach  
14. Februar 2009

### 1. Einführung

Das Thema dieser Tagung ist der Versuch zu klären, was „Rechts“ und was „Links“ ist. Dabei handelt es sich dabei um umgangssprachliche politische Verortungen. Aus Sicht der historischen Wissenschaft erscheinen beide Begriffe allerdings als sehr diffus. In allen politischen Strömungen bestehen „rechte“ Strömungen. Als „Rechte“ werden sowohl Konservative als auch Liberale (und ihre Parteien) bezeichnet.

Dementsprechend sind über dieses Thema bereits Bibliotheken geschrieben worden. So kann es hier nur um einige historische Anmerkungen über das Verhältnis vom Konservatismus zum Liberalismus gehen. Da mein Vorredner bereits einiges zum Liberalismus gesagt hat, werde ich versuchen, einige wenige, den historischen wie den modernen Konservatismus betreffende Aspekte beizusteuern.

Doch zunächst: Wie komme ich auf dieses verrückte Thema? Als ich vor Jahren über die „Konstitutionelle Partei in den Thüringer Staaten 1848/50“ promovierte, gab es zwischen dem Doktorvater und mir nur ein einziges mal einen kleinen Disput, als er mir riet, statt über die „Konstitutionellen“ über die „Liberalen“ zu schreiben. Während das erste die Selbstbezeichnung dieser Partei war, als Fraktion in der Paulskirche nannten sie sich sogar nur *Casino* oder *Württembergischer Hof*, ist die historische Wissenschaft heute (in Deutschland, nicht in den USA) nämlich einhellig der Meinung, daß der, der sich mit diesen Leuten befaßt, Liberalismusforschung betreibt.

Da die Liberalen im 19. Jahrhundert als „links“ galten bzw. gelten, und die Konservativen als „rechts“, gehört diese Frage zum Thema dieser Konferenz. Ich habe mich damals übrigens für das K-Wort entschieden. In dieses Referat ist jedoch vor allem die Erfahrung eingeflossen, daß sich bestimmte politische Bewegungen nicht so ohne weiteres „links“ oder „rechts“ verorten lassen, jedenfalls aus wissenschaftlicher Sicht, auch wenn interessierte Kreise das noch so gerne tun.

Ein Beispiel: Während der Revolution von 1848/50 beschloß Konstitutionelle Partei des Großherzogtums Sachsen-Weimar und Eisenach ein politisches Programm, das sogenannte *„Glaubensbekenntniß des politischen Vereins zu Weimar“* vom 21. Juni 1848. Dort hieß es unter anderem: *„Die republikanische Staatsform ist nicht die zur Entwicklung wahrer Freiheit einzig nothwendige Verfassung und nicht verträglich mit den Zuständen und Verhältnissen des deutschen Volks. Daher erklärt sich der Verein für constitutionellen Monarchie in den einzelnen Staaten, welche in folgerechter Durchführung demokratischer Grundsätze im Staats- und Gemeindeleben zur Wahrheit werde.“* Bei Weglassung des historischen Kontexts ist das sicherlich eine Aussage, die man getrost als „rechts“ bzw. „konservativ“ bezeichnen kann.

Doch als *„Merkmale dieser Staatsform“* galt diesen Thüringer Konstitutionellen vor allem die *„Anerkennung der Souveränität des Volkes. Wir verstehen hierunter, daß die Staatsgewalt im Namen des Volkes durch gesetzliche, das allgemeine Vertrauen*

*besitzende Organe geübt werde, und daß das Volk einen überwiegenden Antheil an dieser Gewalt durch eine Volksvertretung habe, welche nicht auf Ständen und Vorrechten einzelner Klassen, sondern auf gleicher Wahlberechtigung beruht und durch die freie Presse, das freie Versammlungs- und Petitionsrecht und vollkommene Öffentlichkeit des gesammten politischen Lebens unterstützt wird;*“ Das ist nun eine Aussage, die man damals wie heute ohne weiteres dem „linken“ Lager zuordnen könnte. Jedoch hieß es im darauf folgenden Abschnitt wieder ganz „konservativ“, die angestrebte Staatsform bestehe aus *„der Anerkennung des Prinzips der erblichen Monarchie für die oberste vollziehende Staatsgewalt, mit Ausschließung jeder Einherrschaft durch Wahl, da der Verein sich zu der Überzeugung bekennen muß, daß in solcher Weise eine dauerhafte Ordnung nicht begründet werden könnte, am wenigsten, wenn diese Wahlform zu einem Präsidenten auf bestimmte Zeit führen sollte;“*

Daß diese Diskussion um die „richtige“ Einordnung bestimmter politischer Strömungen keineswegs obsolet ist, war auch stets die Auffassung eines Publizisten, dessen Name leider mittlerweile nur noch wenigen etwas sagt, nämlich des Österreichers Erik Ritter von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999), der sich Mitte der siebziger Jahre über das Verhältnis der „Konservativen“ zum Wirtschaftsliberalismus ausließ.<sup>1</sup>

Kuehnelt-Leddihn, der zwar als Konservativer gilt, sich jedoch selbst als katholisch, rechts und liberal bezeichnete, führte Konflikte zwischen Konservativen und Liberalen auf unterschiedliche Prioritäten bei der persönlichen Lebensplanung, Unkenntnis der jeweils anderen Seite, Vorurteile und *„geistige Kurzschlüsse“* zurück, die auf Bildungsdefizite zurückgeführt werden könnten. Dies alles könne *mit „erweiterten Kenntnissen in beiden Lagern“* überwunden werden. *„Sozialromantische ‚Konservative‘ und echte aber mutlose Liberale sollten ihre Schwächen überwinden und voneinander das lernen, was aufgrund tieferer Einsichten einen bleibenden Wert hat.“* formulierte er so einfach wie genial.

Ein weiteres Motiv für dieses etwas seltsame Thema ist die in letzter Zeit zu beobachtende inflationäre Gebrauch bestimmter Attribute. Da wäre zum einen „liberal-konservativ“ für bestimmte Parteien und Personen, was erstaunt, wenn man sich an die Bestimmtheit erinnert, mit der bestimmte Historiker und Publizisten auf der Bezeichnung „Liberalismus“ (gut!) in Abgrenzung zum Konservativismus (reaktionär und daher schlecht!) beharren.

Zur weiteren Begriffsverwirrung trägt zum anderen die Hinzufügung des Präfixes „neo“ bei. So weiß dann überhaupt niemand mehr, wer oder was gemeint ist. Ist das gewünscht? Geht es wieder einmal um die Deutungshoheit? Denn diese angeblichen Neo- oder Neu-Liberalen oder –Konservativen sind ja nicht nur *the next generation*. Nein, derzeit wird viel dafür getan, diese geradezu als völlig ins Unethische und Unakzeptable gesteigerte Variante ihrer Verwandtschaft ohne Präfix fest in den Köpfen zu verankern – ohne, daß in beiden Fällen eine empirisch fundierte Begründung für diese Bezeichnungen geliefert würde.

Ein letzter Aspekt, der eine vertiefte Erörterung der vorgenannten politischen Begriffe im Zusammenhang mit einer Links-Rechts-Diskussion sinnvoll erscheinen läßt: Die derzeitige grandiose Ausweitung staatlicher Eingriffe vom *gender mainstreaming* über den Bologna-Prozess an den Universitäten bis hin zur Verstaatlichung der Banken

<sup>1</sup> Ders.: „Konservative“ und freie Wirtschaft. In: Zeitbühne 8/1979, S. 14ff.

und der Industrie, nicht einmal 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des sozialistischen, planwirtschaftlichen Ostblocks, müßte eigentlich zu einer neuen Konstellation der politischen Lager führen. Doch auch dafür wäre eine klare Vorstellung der eigenen politischen Identität eine der Voraussetzungen.

## 2. Was meine ich mit „Paradigma“?

Der Begriff Paradigma kommt aus dem Griechischen und meinte ursprünglich Belege oder Beispiele. Im Laufe der Zeit erfolgte durch Philosophen und politische Schriftsteller eine Begriffsausweitung. Heute handelt es sich bei einem Paradigma um einen philosophischen oder theoretischen Rahmen, ein Gerüst von Ideen, auf denen politische Handlungen in einer bestimmbareren historischen Epoche beruhen. Solche Paradigmen liefern dann Lösungen für eine Vielzahl von Fragestellungen.

Man könnte auch sagen, daß es sich bei einem Paradigma um vorgefaßte Meinungen, immer wieder verwendete Fragestellungen und immer wiederkehrende Interpretationsmuster handelt, mit denen man eine bestimmte politische Gruppe von einer anderen – im Idealfall – abgrenzen kann. Dazu kommen bestimmte Wertvorstellungen, Erfahrungen, die Religion, kulturelle Faktoren und der historische Kontext. Synonyme sind *Weltanschauung* und *Denkmuster*.

Bei einschneidenden historischen Veränderungen kommt es häufig zu Paradigmenwechseln. Dabei kommt es oft vor, daß bestimmte Äußerlichkeiten politischer Formationen erhalten bleiben, während sich der programmatische Kern, darunter eben das als Paradigma zu bezeichnende Muster von Fragestellungen, Interpretationsmustern und Theorien, verändert. Beispiele dafür wären die Revolutionen von 1989, oder weiter zurück, die Zeit Napoleons.

In der Realität sind Paradigmen mit bestimmten politischen Führern, Zeitschriften, Bildungseinrichtungen, Behörden, Veranstaltungstypen und Organisationsformen verbunden, die sich der Durchsetzung dieser oder jener Weltanschauung widmen.

Noch verwickelter wird es, wenn bestimmte Paradigmen gar keine sind, wenn also bestimmten politischen Formationen oder Personen eine Weltanschauung unterstellt wird, die sie gar nicht haben. Derzeit geschieht das mit „Rechts“ und „Links“, auch mit „Neo-Konservatismus“ und „Neo-Liberalismus“. So gilt jemand wie Wolfgang Clement plötzlich vielen in der SPD und den Medien als Neoliberaler, und zwar allein deshalb, weil er noch an die Physik glaubt.

## 3. Was meine ich mit „Etatismus“?

Will man über liberale und konservative Paradigmen sprechen, die sich vom herrschenden Zeitgeist absetzen, dann muß natürlich zuvor das den Zeitgeist beherrschende Paradigma beschrieben werden. Stehen doch politische Paradigmen in einem engen Zusammenhang zu der Zeit, in der sie formuliert werden.

Der dafür am besten passende Begriff scheint mir der des „Etatismus“ zu sein, der um 1880 in Frankreich entstand, wobei auch Nietzsche den Staat 1883 (im ersten Teil seines „Zarathustra“) als „Götzen“ und „das kälteste aller Ungeheuer“ bezeichnete.

Dieser Etatismus (frz. *État* „Staat“) ist eine Weltsicht, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme dadurch lösen will, indem sie ausschließlich auf staatliche Regelungen setzt.

Damit ist eine Politik gemeint, die danach strebt, die Zuständigkeit des Staates zu Lasten der Rechte, der Kompetenzen und der Selbständigkeit des Individuums bzw. nichtstaatlicher Körperschaften, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, auszuweiten.

Beispiele dafür gibt es in unserer Republik zur Genüge: Wir kennen eine *staatliche* Familienpolitik, *staatliche* Banken, ARD und ZDF, vom *Staat* vollkommen *abhängige* Konzerne wie etwa Siemens oder neuerdings die Hypo Real Estate, *Staatskirchen*, *staatliche* Schulen mit *Schulpflicht*, Privatschulen mit *staatlicher* Aufsicht, ein *staatliches* Rauchverbot usw.

All diese Bereiche und Themen führen zugleich zu Machtballungen, prägen Einstellungen, Wertvorstellungen, Verhaltensweisen, beeinflussen mehr als uns lieb sein kann unser Leben, viel mehr als jemals zuvor in unserer Geschichte. Es scheint daher sehr sinnvoll, über dieses neue – etatistische – Paradigma als eigentlichem Problem bei Zuordnungsversuchen nach links oder rechts nachzudenken.

Denn vieles spricht dafür, daß es sich bei diesem Phänomen nicht um eine Spielart des preußischen Beamtenstaates handelt, sondern allein aufgrund seiner Durchdringung um eine neue Qualität. So ist neu, daß der Etatismus von heute nicht nur Arbeits- und Lebensinhalt der Staatsbeamten, Militärs oder Sozialisten ist, sondern eben auch der Kirchenführer, Kindergärtnerinnen, Gewerkschaftsmitglieder, Professoren, Umweltschützer, Klimaforscher, Journalisten, eigentlich aller Multiplikatoren. Wir alle sind erfaßt, alle gesellschaftlichen Bereiche werden durchdrungen, obwohl, und das ist kurios, nach wie vor sehr viel von Freiheit, Markt, Kunden und Wettbewerb die Rede ist.

Offenbar hat hier in den letzten 10 Jahren ein einschneidender Paradigmenwechsel stattgefunden, eine Art Roll Back der Reformen der 80er und 90er Jahre. So gesehen erscheint die derzeitige Krise und die Verstaatlichungshysterie in einem ganz neuen Licht.

#### **4. Die „konservative“ Position zum Etatismus**

Der Begriff „konservativ“ für eine politische Richtung wird heute historisch zumeist mit denen in Verbindung gebracht, die die Ergebnisse der französischen Revolution wie der Aufklärung ablehnen, die Wiedererrichtung der ständisch-monarchischen Gesellschaft anstreben, die also in einem ziemlich reaktionären Sinne einen Zustand wieder herstellen wollen, über den die Geschichte bereits hinweg gegangen ist.

Je länger man sich mit diesem Begriff beschäftigt, desto **weniger** ist man davon überzeugt, daß diese Auffassung „richtig“ ist. Sie paßt am besten auf bestimmte intellektuelle Kreise und politische Zirkel, die zwischen 1789 und 1814 überall in Europa existierten, in der Tat die Französische Revolution bekämpften und für ihren Ausbruch die Europäische Aufklärung verantwortlich machten. Hier wären Namen wie Burke, Chateaubriand, DeMaistre, Gentz, Adam Müller, Clemens Metternich und andere zu nennen.

Doch schon mit der Monarchie Napoleons, noch mehr mit der Monarchie Ludwigs XVIII. nach 1814 in Frankreich wurde eine solche Systematisierung unscharf. Kurioserweise taucht der Begriff „Konservatismus“ selbst erst nach 1818 und dem Erscheinen von Chateaubriands Zeitschrift „Le Conservateur“ auf, als die meisten wichtigen Bücher dieser Bewegung schon veröffentlicht worden waren. Und selbst hier war der Begriff ironisch gemeint gewesen, denn zuvor waren eben jene Ideologen als *conservateurs* bezeichnet worden, die 1799 Napoleons Staatsstreich unterstützt hatten.

Während die Konservativen selbst mit dieser Bezeichnung nie recht glücklich waren, war sie für die Diskreditierung mißliebiger Ideen für die oben skizzierten Etatisten stets ungeheuer praktisch. Jede Skepsis, jeder Widerstand gegen eine neuen „Reform“, man denke an die derzeitige Bankenrettung mit Steuergeldern, kann so bis heute sehr leicht als rückwärtsgewandter Obskurantismus gebrandmarkt werden.

Daher ist ganz offensichtlich, warum diese Sicht auf alles Konservative heute dominiert. Falls das Thema überhaupt in den Schulen behandelt wird, dürfte das zugleich das einzige mal sein, in der ein Schüler mit konservativen Ideen in Berührung kommt.

Zurück zum konservativen Paradigma: In Deutschland und anderen Ländern ging die konservative Bewegung aus den ständischen Oppositionen des 18. Jahrhunderts hervor, die gegen den absolutistischen Staat des 18. Jahrhunderts die alten adeligen, städtischen und ständischen Freiheiten verteidigten, also „erhalten“ wissen wollten. Hier muß der Name des hannöverischen Politikers und Staatstheoretikers Justus Möser fallen, einer ihrer frühen Vordenker. Über den Umweg über den britischen Konservatismus (1832 Umbenennung der Tories in Conservative Party) verbreitete sich die Bezeichnung „konservativ“ nach 1832 in fast allen Ländern, die über parlamentarische Institutionen verfügten.

Im 19. Jh. gab es dann nach der Überwindung Napoleons jene Phase, die man als Konstitutionalismus bezeichnen kann. Die damaligen Verfassungen waren Mischverfassungen – Sie erinnern sich an das eingangs gebrachte Zitat aus meiner Dissertation – und enthalten „liberale“ und „konservative“ Elemente. Beide Strömungen waren etatistisch orientiert. Allerdings handelte es sich auch um einen Minimalstaat.

Zur Verfassungstreue der Konservativen kam damals ihr Bestreben, erhaltend wirken und am Althergebrachten festhalten zu wollen, was auch immer das im einzelnen war. Indem sich Staat und Gesellschaft veränderten, mußte sich jedoch diese Haltung zu Staat verändern. Das geschah bei Konservativen wie Liberalen. Bei ersteren vor allem 1918 in eine destruktive Richtung und im Vorfeld des 20. Juli 1944, als es um das zukünftige, neue Deutschland ging. Kuehnelt-Leddihn nannte solche Wandlungen treffend „Häutungen“.

Heute ist der Staat des 19. Jahrhunderts Geschichte. Niemand in den politischen Parteien erinnert gerne an ihn. Der 18. Januar ist kein Feiertag mehr. Etatisten an den Hebeln der Macht sitzen heute ganz andere Leute, keine Konservativen oder Liberalen, sondern im weitesten Sinne die Anhänger des Wohlfahrtsstaates sozialdemokratischer Prägung, so wie er seit den 1970er Jahren entstanden ist. Daran ändert auch der häufige Rekurs auf den „Sozialstaat Bismarckscher Prägung“ nichts. Die Zementierung dieser Situation ist so vollkommen, daß man – Ironie der Geschichte – diese Etatisten sogar oft als „Strukturkonservative“ bezeichnet.

Konservative im klassischen Sinne, deshalb meine Unterscheidung zwischen klassischem und alltäglichem Sprachgebrauch schon im Titel, sind hingegen heute die, die am Grundgesetz von 1949, geboren aus einer sehr drastischen historischen Erfahrung, sowie an bestimmten abendländischen oder „westlichen“ Grundüberzeugungen und Grunderfahrungen festhalten wollen. Und das ist jetzt wieder keine soziologische Erkenntnis, sondern läßt sich an verschiedenen nach diesem Datum erschienenen Veröffentlichungen konservativer Persönlichkeiten, man denke an Dr. Otto von Habsburg, festmachen.<sup>2</sup> Diese als Kronprinz des Reiches verehrte Symbolfigur vieler Konservativer engagierte sich jahrzehntelang für die Demokratie in Mittel- und Osteuropa, als viele „Demokraten“ und „Linke“ jedes Interesse an diesen Regionen verloren hatten.

Deshalb sind im Jahre 2009 vor allem Freiheitsrechte und nicht etwa die zwar althergebrachten aber vor allem den Etatisten aller Couleur nützlichen Vorrechte der ehemaligen Staatskirchen, um nur ein Beispiel zu nennen, Thema der Konservativen. Nicht nur Liberale, auch Konservative sind heute keine Etatisten mehr. Die konservative US-Kolumnistin Ann Coulter läßt deshalb auch keine Gelegenheit aus, um zu betonen, daß die politische Hauptkonfliktlinie heute nicht mehr der zwischen den Parteien, sondern der zwischen Staat und Bürgern verläuft, es gehe dabei um „*us versus them*.“ Der Feind steht sozusagen nicht links, sondern oben.

Wobei es natürlich auch Grauzonen gibt, in denen sich Menschen bewegen, die zugleich für freie Märkte und eine privilegierte Stellung der Kirchen etwa beim Religionsunterricht eintreten. Allerdings würde es den Rahmen dieser kleinen Präsentation sprengen, darauf im Detail einzugehen. Doch sollte man an dieser Stelle zumindest erwähnen, daß sich Konservative auch heute noch an ihren Prinzipien- und Wertekatalogen immer nur orientieren und aufgrund ihrer Skepsis gegenüber politischen Theorien immer eher ihrem gesunden Menschenverstand folgen, als zumeist von Intellektuellen verfaßten Thesen. Womit sich der Kreis zur Ständeopposition des 18. Jh. schon fast wieder schließt.

## 5. „Liberale“ und Etatismus

Der Begriff „liberal“ für eine bestimmte Partei kam zum ersten in Spanien im 19. Jahrhundert auf. Wie schon angedeutet, verstanden sich heute als Liberale des 19. Jahrhunderts bezeichnete Politiker, etwa Heinrich von Gagern, selbst als Konstitutionelle oder „wahre“ Liberale. Dagegen können wir die wenigen, die sich damals ausdrücklich als nur „liberal“ bezeichneten, getrost dem extrem-linken Spektrum zuordnen, den Vorläufern der heutigen Sozialisten, Kommunisten, Nationalisten und dergleichen mehr.

Um 1900 verstand man unter einem Liberalen nach einem alten Lexikon, das ich mir angeschaut habe, ein *Verfechter freier Ideen in Staat, Kirche und Wissenschaft*. Was seither normalerweise unter einem liberalen Programm zu verstehen ist, wissen Sie sicher besser als ich: freies Unternehmertum, Eigenverantwortung, Bürgerrechte, Religionsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit und dergleichen mehr.

Doch schon in den 20er und 30er Jahren kam es, von den USA ausgehend, zu einer weiteren Begriffsveränderung. Liberale vorgenannten Sinne werden seitdem immer mehr als „klassische“ Liberale oder „Libertäre“ bezeichnet. Der bereits genannte

<sup>2</sup> Vgl. u. a. Otto von Habsburg: Politik für das Jahr 2000. Wien, München 1968.

Kuehnelt-Leddihn sprach von *echten Liberalen*, die von den *Rosaroten*, die sich in betrügerischer Absicht das liberale Etikett beilegen, abzugrenzen sind.

Mehrere sogenannte Axiome bilden den geistigen Überbau der Klassisch-Liberalen bzw. Libertären:

- 1) Nach John Locke führt privates Eigentum zur Eigenherrschaft, d.h. ein Individuum ist Eigentümer seiner Person, seiner körperlichen und intellektuellen Fähigkeiten und des daraus resultierenden Sachvermögens.
- 2) Diese Rechte dürfen nicht irgendwelchen Verletzungen durch andere unterworfen werden. Das ist das zweite libertäre Axiom, das libertäre Axiom der Nichtanwendung von Gewalt.
- 3) Murray Rothbard ergänzte das alles noch mit der Gleichsetzung von Eigentumsrechten mit Menschenrechten, da Eigentumsrechte für ihn zum Wesen des Menschen gehören.
- 4) Beim Staatsverständnis gibt es zwei Richtungen: Minarchisten (wie David Friedman), d. h. Minimalstaatler, und Anarcho-Kapitalisten, d.h. die, die den Staat einschließlich Polizei, Justiz u. ä. ganz abschaffen wollen (wie Murray Rothbard).

Sie können jetzt selbst überlegen, inwieweit deutsche Liberale dieser idealtypischen Charakterisierung entsprechen, oder auch nicht, man denke nur an die bei einigen in der FDP immer noch populären „Freiburger Thesen“. Dazu noch einmal der Zeitgenosse Kuehnelt-Leddihn, der dieses Programm wenige Jahre später so interpretierte: *„Was wir nun als sogenannten ‚Liberalismus‘ bei uns haben – und das ist zum guten Teil die Tragikomödie der FDP – ist eine geradezu unwahrscheinliche Mischung von Elementen, die ungefähr nach folgendem Rezept hergestellt wird: Man nehme zwei Eßlöffel Freiheitlichkeit aus dem Happening auf der Wartburg anno 1817, gebe dazu 10 Dekagramm von frustriertem, wildgewordenem Spießertum, 1 Deziliter Sexualdemokratie, eine Prise Terroristensympathie, einen Eierbecher Sozialromantik, eine Messerspitze Feminismus, drei Teelöffel Pfaffenfresserei aus der Kulturkampfzeit, vermenge das Ganze gut, backe es, dann garniere man es mit einem Aufsatz von Spätmarxismus, Zweiter Aufklärung, Fötalmord, Entwicklungshilfe und kritischer Theorie, übergieße es mit einer Sauce von reinsten Konfusion der Begriffe und setze es „modernen“ Menschen vor. Diese armen Wichte essen das, bis sie sich schließlich mit diesem Schlangenfressen den Magen verderben und Appetit nach ganz simplen Speisen bekommen – Grünzeug auf grünen Listen.“<sup>3</sup>*

## 6. Was aus all dem folgt

Was bedeutet nun das alles in Bezug auf die Verortung konservativer und liberaler Strömungen im Rechts-Links-Schema der großen Vereinfacher in Politik und Medien und für die Rolle, die Konservative und Liberale dabei spielen sollen?

Meine zentrale These: Aufgrund der jüngsten Entwicklungen in allen westlichen Ländern befinden sich beide Strömungen in einer ähnlichen Distanz zum allumfassenden Wohlfahrtsstaat des Jahres 2009. Aktuelle Entscheidungen der Obama-Administration in den USA und einer sozialdemokratisch orientierten CDU-Kanzlerin in Deutschland werden diese Positionierung (wider Willen?) eher noch verstärken.

Ganz oben auf der Agenda befinden sich heute schon jene Freiheitsrechte, wie sie moderne westliche Verfassungen seit langem definieren. Die Sollbruchstellen im

<sup>3</sup> Ders.: Die Häutungen des Liberalismus. In: Zeitbühne 9/1979, S. 40.

ideologischen wie im parteipolitischen Bereich werden deshalb künftig weniger zwischen „Linken“ und „Rechten“ oder bei letzteren zwischen „Konservativen“ und „Liberalen“ verlaufen, sondern zwischen Steuerzahlern einerseits und öffentlich Bediensteten und staatlichen Entscheidern und den mit ihnen verbundenen Kreisen andererseits. Man denke etwa an den militärisch-industriellen oder den ökologisch-industriellen Komplex, deren Expansion und die damit für die Bürger verbundenen Kosten.

Liberalen und Konservative Paradigmen nähern sich an: in ihrem Verhältnis zum Grundgesetz, in ihrer Ablehnung von Utopien, in ihren Visionen von Freiheit, der freien Ausübung bestimmter Lebensstile (für Konservative gehören hierhin z. B. der freie Kirchgang und der Schutz des Sonntags), der Bejahung der Marktwirtschaft, bei der Religionsfreiheit, der Forderung nach niedrigen Steuern oder der nach außenpolitischer Zurückhaltung (Afghanistan ist Clintons Krieg, mithin ein „linker“ Krieg). Große Übereinstimmungen bestehen sicher auch in der Aversion gegen *gender mainstreaming* und *social engineering*.

Darüber hinaus bestehen natürlich weiterhin einige Unterschiede. Dazu nochmals Erik von Kuehnelt-Leddihn: *Wenn der politische Begriff „rechts“ wirklich nicht nur sprachlich, sondern auch inhaltlich mit „richtig“, „gerecht“ und „redlich“ gleichgesetzt werden kann, dann müßten alle intelligenten Leute, die rechts stehen (also alle Formen des National- und Internationalsozialismus radikal ablehnen), sich energisch und programmatisch für die Marktwirtschaft einsetzen. Dem ist aber bedauerlicherweise nicht ganz so, und das hat vorwiegend geschichtliche, aber auch soziale und selbst religiöse Hintergründe.*<sup>4</sup>

Der Konflikt zwischen Konservativen und Liberalen entstand im 19. Jh., weil es sich um verschiedene soziale Gruppen handelte. Liberale vertraten in der Regel das Bürgertum, während sich Konservative aus Kirche, Adel und Bauernschaft rekrutierte. Allerdings gab es auch stets eine vergleichsweise große liberale Gruppe unter den Adeligen und eine noch größere Gruppe Konservativer unter den Stadtbürgern. Beide Gruppen standen im Konflikt mit den sozialistischen Arbeiterorganisationen, wobei die Konservativen die liberalen Unternehmer und die Marktwirtschaft für das Arbeiterelend und das Aufkommen des Sozialismus verantwortlich machten.

Doch selbst solche Unterschiede verlieren an Bedeutung, da man zum Beispiel wissen könnte, daß das Arbeiterelend als Folge des Kapitalismus eine Fiktion ist, weil das Elend der kleinen Leute auf dem Lande vor der Industrialisierung viel größer war und auch heute in Ländern ohne Industrie noch ist. Die bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln hatte zu einer Bevölkerungsexplosion geführt, während die kleinen Leute auf dem Lande zuvor bei Mißernten einen stillen Tod starben, über die die nicht vorhandenen Medien auch niemals berichteten. Die letzte große Hungersnot fand in Deutschland 1847 statt. Die Industrialisierung und die Entstehung einer Arbeiterschaft setzte bekanntlich erst danach ein, als die Eisenbahn das Nahrungsmittelproblem bereits gelöst hatte.

Auch die Unterschiede bei der Letztbegründung politischer Grundwerte werden künftig immer weniger Auswirkungen auf politische Entscheidungen haben. So gibt es zwar immer noch solche Konservative, die dem Staat die entscheidende Rolle in der Bildungs- oder der Familienpolitik zubilligen. Doch nimmt unter ihnen der Anteil derer

---

<sup>4</sup> Wie Fn. 1, S. 14.

dramatisch zu, die die Politik der FDP bzw. die libertäre Haltung, hier eher Zurückhaltung walten zu lassen und nicht zu viel zu versprechen, also z. B. Familien nicht zu fördern und damit Privatsache sein zu lassen, besser finden als die Ankündigungspolitik der CDU mit ihrer pseudokonservativen Gallionsfigur Frau von der Leyen. Das ist die eigentliche Ursache der jüngsten FDP-Wahlerfolge.

So setzen zwar noch immer viele Konservative Christentum mit einer Art mönchisch-asketischen Lebensweise gleich. Doch ist auch das auf Mißverständnisse und geistige Kurzschlüsse zurückzuführen, denn diese Leute finden sich schnell an der Seite verwirrter Ökologen wieder, wo mittlerweile sogar – neben anderem Unsinn – moralisierende Beiträge über die Notwendigkeit der Abschaffung der angeblich so unökologischen Toiletten mit Wasserspülung als ernsthaft diskussionswürdig gelten.<sup>5</sup> Aus deren Sicht ist ein Verbot angeblich unökologischer Glühlampen nur ein Anfang. Bestimmte Gemüsesorten, Autos, Kühlschränke und Heizung sollen folgen.

Hingegen gehört die Zukunft solchen Konservativen wie der bereits genannten, auch in Deutschland einflußreichen US-Kolumnistin Ann Coulter, die betont, daß wir, die Menschheit, die anderen Kreaturen, alles was da kriecht und fleucht, beherrschen sollen. „*Gott gab sie uns – sie sind damit unser, wie das Buch Genesis kurz und bündig erklärt*“, womit sie sich auf Moses 1,26-29 bezieht.<sup>6</sup>

Zum christlichen Leben gehörten demnach *Wasserki, Steak auf dem Elektro-Grill, heiß duschen und Nachtski bei Flutlicht*.<sup>7</sup> Ich würde noch ergänzen: Mit 220 Sachen mit einem Porsche von München nach Berlin fahren. Diese und weit weniger spektakuläre, aber oft viel wichtigere Freiheiten sind es, auf die es Etablierten von heute abgesehen haben – unter Zuhilfenahme einer perversen, so antiliberalen wie antikonservativen, antichristlichen wie penetrant-moralisierenden „Nachhaltigkeits-“ Ideologie als philosophischer Rechtfertigung.

Coulter ist so weit gegangen, dem christlich-jüdischen Glaubenssystem ein linkes Glaubenssystem entgegen zu setzen (in ihrem Buch „*Godless*“), in dem sie okkulte Praktiken, Priester (Al Gore!!), Opfer, heilige Bücher usw. ausmacht. Auch das gehört dazu, wenn man sich mit dem heutigen Etablismus auseinandersetzt.

Konservative und klassische Liberale haben sich zudem bezüglich ihrer ökonomischen Vorstellungen angenähert. So ist das bei Konservativen früher bemühte, auf Aristoteles und Thomas von Aquin zurückgehende Zinsverbot für Christen mittlerweile obsolet. Jesus hat zwar Händler und Geldwechsler körperlich gezüchtigt, und zwar als einzige soziale Gruppe. Das resultierte aber vor allem aus deren Unwillen, ihm nachzufolgen.

Eine viel schärfere Kritik übte er an Theologen, den sog. Schriftgelehrten, und den Pharisäern (frömmelnde Heuchler) und Sadduzäern (weltliche Modernisten). Heute würde er daher vermutlich mit den Aposteln „nachhaltigen“ Wirtschaftens ebenso hart

<sup>5</sup> Etwa während der UN-Entwicklungskonferenz in Johannesburg 2002. Vgl. Paul Driessen: *Öko-Imperialismus. Grüne Politik mit tödlichen Folgen*. Jena 2006, S. 187f.

<sup>6</sup> [26](#) Dann sagte Gott: "Jetzt wollen wir den Menschen machen, unser Ebenbild, das uns ähnlich ist. Er soll über die ganze Erde verfügen: über die Tiere im Meer, am Himmel und auf der Erde." [27](#) So schuf Gott den Menschen als sein Ebenbild, als Mann und Frau schuf er sie. [28](#) Er segnete sie und sprach: "Vermehrt euch, bevölkert die Erde, und nehmt sie in Besitz! Ihr sollt Macht haben über alle Tiere: über die Fische, die Vögel und alle anderen Tiere auf der Erde! [29](#) Ihr dürft die Früchte aller Pflanzen und Bäume essen.

<sup>7</sup> Ann Coulter: *Godless*. New York 2006, S. 7. Vgl. auch S. 4.

ins Gericht gehen. Man sieht: Die Komplementarität liberaler und konservativer Paradigmen ist auch hier überdeutlich.

Doch können solche Prinzipien ihre Kraft im politischen Bereich auch entfalten? Sicher nur, wenn sie auch tatsächlich vertreten werden, sich also Personen finden, die das Problem der immer weiter um sich greifenden Staatswirtschaft und der immer weiter gehenden staatlichen Eingriffe in privateste Bereiche offensiv angehen.

Da zeigt sich dann in der politischen Realität schnell, daß es kaum noch prominente Politiker gibt, die sich wenigstens ab und zu gegen die den Diskurs beherrschenden sozialistisch-ökologistischen Paradigmen auflehnen. Mir fallen nur drei bis vier ein: Friedrich Merz, Josef Schlarman – aber ist der wirklich prominent? – mit Abstrichen Guido Westerwelle und vor allem, was vielleicht überrascht, Wolfgang Clement. Der einzige, der möglicherweise noch etwas bewegen könnte, ist Herr Westerwelle. Die anderen sind schon aus der Politik raus oder stehen kurz davor auszuscheiden.

Allerdings kennt jeder von uns „bürgerliche“ Politiker, die zuallererst Funktionäre sind, also am liebsten nach festen Vorgaben „funktionieren“. Von Politikern solchen Typs wird der vorgegebene Rahmen des in den 1970er Jahren geschaffenen Wohlfahrtsstaates dann auch niemals hinterfragt. So meinte der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker einmal sinngemäß mit Blick auf wirtschaftspolitische Verwerfungen, eigentlich wisse jeder Politiker, was getan werden sollte. Ein solcher Politiker wisse aber auch, daß er dann nicht wiedergewählt würde, sollte er sich ernsthaft an die Umsetzung des als richtig Erkannten machen.

Man sieht, eine Beschränkung auf Links-Rechts-Gegensätze greift alles in allem nicht, um unsere politischen Lager sinnvoll zu beschreiben und zu verorten. Denn die politische Hauptkonfliktlinie verläuft heute weder zwischen „Links“ und „Rechts“, noch erst recht nicht zwischen „linken“ Liberalen und „rechten“ Konservativen, sondern zwischen den neuen ungeheuer mächtigen etatistischen Eliten und den noch nicht von diesem System des Gebens und Nehmens erfaßten Bürgern.

*Dr. Holger Thuß promovierte im Jahre 2005 in Neuerer Geschichte („Die Konstitutionelle Partei in den Thüringer Staaten 1848/50“) in Jena und ist Miteigentümer des TvR Medienverlages, [www.tvrmediaverlag.de](http://www.tvrmediaverlag.de).*